

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich am Sonntag und Freitag mit insgesamt 24 Ausgaben...
Verlag: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III.
Telefon: Amt Norden 2303 und 2304.

Abdruck aus dem „Volkswort“...
Verlag: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10
Telefon: Amt Norden 2303

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Zusammenbruch im Balkan.

Das Ende.

Nach den letzten Kämpfen in Serbien wird aus Wigo be-

richtet. Am 18. November, unterstützt durch die aktivierte Flotte, nah-

men die Serben die letzten Reste der deutschen Truppen in Ser-

bien. Am 18. November nahmen die Serben nach erlittenen Kämp-

Nichterfüllung des Waffenstillstandsabkommens.

Am kommenden Dienstag wird die erste Zusammen-

Ein echter Demokrat.

Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht ein Interview mit

dem demokratischen Minister Koch. Unter anderem teilt

er mit, dass er sich alsdann auf das heisse Thema des Belagerungs-

zustandes und der Zensurverordnungen bezieht. Er spricht sich

über den Ausnahmezustand aus, den er als notwendig

erachtet. Er ist wirklich echt deutsch-demokratisch

Die tapferen bayerischen Demokraten.

Die bayerischen Demokraten sind unzufrieden mit dem

Verhalten der bayerischen Regierung. Sie fordern eine

Erklärung der Regierung über die Haltung gegenüber

Sie schweigen!

Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht am Mit-

woch morgen folgende Anfrage an Herrn Eugen Ernst

und Wolfgang Heine: Ist Herr Eugen Ernst oder Herr Minister Heine bereit,

Die Lage in Polen.

Uns wird geschrieben:

In einem Artikel, den ein Pariser Korrespondent der

„Kurier“ veröffentlicht hat, formuliert er die Rolle Polens

in der Weltpolitik folgendermaßen: „Der wichtigste Trumpf

in der Weltpolitik ist unsere antibolschewistische Aktion.

Der Zusammenbruch im Balkan.

Die tapferen bayerischen Demokraten.

Sie schweigen!

Die Lage in Polen.

Die Lage in Polen.

Die Lage in Polen.

Arbeiter! Parteigenossen! Heraus zur Kundgebung der Klassenbewussten, sozialistischen Arbeiterklasse gegen Militarismus, Monarchismus und Junkerrecht. Zeigt den Reaktionen aller Schattierungen, daß das revolutionäre Proletariat lebt und daß es sich die Herausforderungen der nationalen Bewegung nicht länger gefallen läßt. Kommt alle in die 60 Versammlungen, die am Sonntag von der U. S. D. einberufen sind.

Das kommt den demokratischen und national-sozialistischen Parteien in Polen mehr und mehr zum Bewusstsein, da es nicht ohne Rückwirkung auf die inneren politischen Verhältnisse in Polen bleibt. Je stärker also Polen am Kampfe gegen Sowjetrußland beteiligt ist, desto mehr Macht gewinnt die Reaktion in der inneren Politik Polens. Es ist schon so weit, daß nicht nur die Agrargebiete Polens in Frage gestellt wurden, wonach eine Höchstgrenze für den Großgrundbesitz bestimmt worden war, sondern sogar die elementarsten Errungenschaften, wie der Achtstundentag sind bereits bedroht.

Es muß noch betont werden, daß nicht nur die innerpolitischen Motive zu dieser Aenderung in der Stellung zu Sowjetrußland zwingen, sondern auch wirtschaftliche Gründe. Je länger, je stärker Polen auf die Notwendigkeit hinweist, sich an Rußland anzuschließen.

Polen hat nämlich zwei Auswege: entweder bleibt es der große östliche Staat mit überragender Agrarproduktion, und bildet soziologisch den Ersatz für Rußland als Hinterland von Deutschland und den westlichen Staaten. Diese Rolle, die Polen im 17. und 18. Jahrhundert gespielt hat, ist das ideale Ziel der Großgrundbesitzer Polens, besonders ihres adligen Teiles, der sich auf wehrkräftigen und ruthenischen Großgrundbesitz stützt. Als Agrarland würde Polen eine Kolonie Englands und Frankreichs sein und eventuell auch Deutschlands, wobei aber die englischen und französischen Kapitalisten als notwendiges Übel anstatt Rußland Polen behandeln würden. Dieser Weg Polens ist der Weg der Rückständigkeit, der Armut und der politischen Unselbständigkeit auf der Weltbühne. Dafür aber hat Polen solange als Industriestaat bestanden, um sich jetzt ohne gefährliche Erschütterungen zu einem Agrarstaat rückentwickeln zu lassen.

Der andere Weg aber, der Polen auf die Bahn der fortschrittlichen Entwicklung führen könnte, ist der Weg der schnellsten, durchgreifenden Industrialisierung, ist der Weg, der Industrievortrupp des großen Ostereichs Rußlands zu werden. Die Rolle, die Deutschland gegenüber Rußland gespielt hat, könnte Polen jetzt übernehmen, unter einer Voraussetzung allerdings, daß es als östlicher Nachbar nicht das imperialistische zaristische Rußland, sondern das demokratische Sowjetrußland hätte.

Dies würde sowohl für Rußland als für Polen selbst einen Fortschritt bedeuten, es würde Sowjetrußland ermöglichen, die produktiven Kräfte und die Intelligenz der polnischen Industriearbeiterschaft zum gemeinsamen Vorteil auszunutzen, und auch umgekehrt würde es Polen erlauben, die reichen Naturkräfte Sowjetrußlands zu erschließen. Dadurch aber würde Polen für die kapitalistisch-imperialistischen Ententestaaten verloren gehen, weil sie es dann weder mehr als Kolonie behandeln könnten, noch auch als Kanonenfutter und Vortrupp im Kampfe für ihre imperialistischen Interessen gegen Sowjetrußland.

Welchen Weg Polen gehen wird, hängt davon ab, welche Klassen in Polen die politische Oberhand gewinnen werden. Dadurch ist das ganze Problem der Beziehungen zu der Entente eng verknüpft mit der innerpolitischen Entwicklung Polens. Wenn in Polen die reaktionären Elemente, die Agrarier, die politische Macht erringen und dadurch auch die Ententezunge fester um Polen angelegt wird, dann wird Polen in die Rolle eines agrarischen Hinterlandes, die es im 17. und 18. Jahrhundert gespielt hat, zurückgeworfen werden. Die Orientierung in der Richtung der Ansehung an Sowjetrußland hat aber zur Voraussetzung die Demokratisierung der politischen Macht in der polnischen Republik, das Ueberhandnehmen der demokratischen Parteien, des Bauerntums und der Arbeiterkraft.

Nedoch die Zeit drängt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen sind hoffnungslos. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag. Die industrielle Produktion stockt vollständig, weil es an Rohprodukten und Produktionsmitteln fehlt. Weber schickt die Entente Rohstoffe, noch kommen aus Sowjetrußland welche herein. Die Finanzierung des Krieges gegen Sowjetrußland, die Erhaltung einer kriegsbereiten Armee von 500 000 Soldaten, frisst alles auf, was noch von der Entente geliefert wurde oder im Lande war. Die pol-

nische Wirtschaft ist noch wertvoller als die deutsche. Ausländische Anleihen können beinahe nur erlangt werden, wenn man das Staatseigentum, die Wälder und die Kohlenbergwerke verkauft. Da die städtische Produktion der Bauern nichts liefern kann, sinkt die Produktivität der Landwirtschaft und veröden die Städte, die dem Hunger ausgeliefert werden. Die Teuerung steigt unheimlich, und die Radikalisierung der arbeitslosen Massen in den Städten und auf dem Lande schreitet von Tag zu Tag fort.

Dabei tritt sich der Klassen Gegensatz auf dem Lande durch Stärkung der reaktionären Agrarier gegen die Forderungen der Bauern und Landarbeiter zu Zusammenstößen zu, die auch zu dem Generalstreik der Landarbeiter Anlaß gaben. Die kommunistische Bewegung in Polen wächst durch diesen Stand der inneren Verhältnisse unaufhaltbar, trotz der scharfen Maßnahmen, die die Regierung gegen die Bewegung in Anwendung bringt.

So wird das neugeschaffene Polen zum Sorgenkind der Entente und der herrschenden Klassen, die vergebens einen Ausweg aus diesem Dilemma suchen.

Die Wahlen in Frankreich.

Es wird immer trauriger, daß die Wahlen, trotz der entseelten nationalistischen Leidenschaften, trotz der Sammlung aller bürgerlichen Parteien gegen den Sozialismus, unserer Partei einen erheblichen Erfolg gebracht haben. Denn der Stimmengewinn von einer halben Million, unter den widrigsten Umständen errungen, bezeugt, daß auch in Frankreich der Sozialismus im Vormarsch ist. Diese Bewegung wird sich bei längerer Auswirkung der Kriegsfolgen noch mit weit größerer Beschleunigung vollziehen.

Sicher ist, daß das Mißverhältnis, das zwischen der wirklichen Stärke der Partei und ihrer Vertretung im Parlament infolge der Lücken des Wahlrechts entstanden ist, auf die Arbeiterklasse radikalisiert einwirken und den außerparlamentarischen Massenaktionen größeres Gewicht geben wird. Denn die Verächtung des Proportionalwahlrechts hat zur Folge, daß die Autorität der neugewählten Kammer als Repräsentantin des Volkswillens von vorn herein eine recht herabgeminderte ist. Daran kann auch der Jubel der bürgerlichen Presse über den Wahlausfall nichts ändern. Die Verschärfung der Massengegenstände, die schwierige wirtschaftliche Lage, die Programmlosigkeit des bürgerlichen Mißmachers wird auch in Frankreich dafür sorgen, daß die 1 700 000 sozialdemokratischen Wähler, ein Viertel der Gesamtzahl, in Kürze großen Zugang erhalten werden. Deshalb stimmen wir dem Urteil zu, das unser wiedergewählter Genosse Marcel Cachin in der „Humanité“ abgibt:

Niemals zuvor hatte der Sozialismus mit gleicher Macht das Land aufgeweckt, sich über sein radikales soziales Reformprogramm auszusprechen. Unsere Presse wurde erstickt. Sie ist es noch. Gegen uns stand ein ungeheures Organ, „La Presse de Paris“, das in acht Millionen Exemplaren verbreitet wurde und nur die einzige Bestimmung hatte, uns zu bekämpfen. Und nun ist eine Kammer der Großkapitalisten, Banquiers und Kriegsgewinnler gebildet worden, die sich ansetzt, die Volksgesetze zu trocknen, und die nicht imstande sein wird, die notwendigsten und schwierigsten wirtschaftlichen Fragen zu lösen. Sie wird von einem Manne geleitet, dessen einzige Politik die Gewalt gegen die organisierte Arbeit ist. Wir haben keinen Tag zu verlieren, um unsere Massenorganisationen zu verstärken. Lassen wir der Bourgeoisie die Freude am Triumph. Sie weiß sehr genau, daß der 18. November uns den unermesslichen Ereignissen näher gebracht hat, die die Geschicke der Menschheit von morgen vorbereiten.

Und im Organ der französischen Gewerkschaften, der „Bataille“, schreibt der Gewerkschaftssekretär Marcel Courret:

Die Wahlen, die man Ende voriger Woche erwartete, seien vorerst unmöglich geworden. Wenn auch gewisse Leute die Art und Weise, wie das Land gesprochen habe, in ihrem Sinne deuteten, so dürfen sie nicht vergessen, daß die Arbeiterorganisation, wenn sie es wolle, morgen das Wort ergreifen könne.

Zum Tode von Lollois Witwe.

Die kürzlich aus Rußland gekommene Meldung, daß auf Jasnoja Poljana die hochbetagte Witwe Lollois geboren ist, ruft Erinnerungen an diese Frau wach, die bei Lebzeiten Lollois Bekanntheit gegenüber geduhrt hat: „Ich selbst bin nichts, gar nichts. Ich habe kein anderes Verdienst, als das, die ergebene Gehärtin des Großen zu sein, die Mutter seiner Kinder. Was kann ich ihnen von meinem Leben sagen? Es ist so einfach. Denn was ich habe ich von meiner Arbeit an gelangt. Als ich geboren wurde, war er schon ein großer Junge von 18 Jahren; meine Mutter war nur zwei Jahre älter als er. Er hat mich als Kind auf den Armen getragen und auf seinen Knien reiten lassen. Es scheint, daß manche Leute mich so darstellen, als wäre ich seinen Jüden feindlich. Diese Menschen wissen nichts von uns. Wie sollt wir uns nicht einig sein, da wir uns seit immer liebten? Wir liebten dieselben Leben, genossen dieselben Freuden. Ich will nicht sagen, daß ich die Jüden des Straßens alle begreife.“ Und wie sehr die Gräfin als Mutter ihrer Kinder aufging, das sprach sie einmal Lollois Biographen Virulow gegenüber aus: „Den größten Teil des Jahres sind wir in Jasnoja Poljana, und hier sind auch meine drei Kinder; zur Welt gekommen. Ich habe zehn von ihnen genährt, und ich hatte das Unglück, vier zu verlieren. Als unser Leibesgeborener starb, glaube ich wohl sinnig zu werden.“ Schicklich war die Verlobung auch die fleißig und geduldige Mitarbeiterin ihres Mannes. So übertrug sie alle seine Manuskripte in leserliche Schrift, und Graf Elias Lollois, einer ihrer Söhne, hat in seinen vor einigen Jahren veröffentlichten Jugendberichten einen geschichtlichen, wie mühsam bei der unleserlichen Schrift des Vaters solche Arbeit war: „Später arbeiteten Vater und Mutter an einem Roman (es war „Anna Karenina“). Die Arbeit der Mutter an diesem Werk schien mir größer als die des Vaters. Denn die Mutter sah jeden Morgen über schaukelnden Fliegenflügel, die sie zu entfernen und abzuschreiben bot.“ Uebrigens hat sie auch einen eigenen Roman geschrieben: „Wer trägt die Schuld?“, von dem man sich täuschlich glauben, es stelle eine Rechtfertigung gegen den Roman Lollois „Die Kreuzerpläne“ dar. In einer der nächsten Nummern werden wir aus der Moskauer Sammlung Briefe Leo Lollois an seine Frau veröffentlicht, der es nach ihrem eigenen Geständnis nicht leicht war, die Frau eines großen Mannes zu sein, des „Ungeheures, Unmöglichkeit“ von der Ehe fordere.

Die neue politische Situation, die der Wahlkampf geschaffen hat, stellt unsere französische Partei wieder vor eine Reihe schwerer und langwieriger Kämpfe. Aber diese Kämpfe werden sich erheben lassen und die prinzipielle Klarheit mit der sie den Wahlkampf durchgeschritten hat, bürgt für ihren schließlichen Triumph.

Der Artikel Longuet's im Pariser „Populaire“ über den Ausfall der französischen Wahlen, aus dem wir bereits einen Auszug in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, gibt an zahlreichen Beispielen den wirklichen Beweis, daß die Verminderung der Abgeordnetenmandate der sozialistischen Partei einzig und allein durch von der bürgerlichen Mehrheit der alten Kammer ausüblich gegen die Sozialdemokratie geschaffenen jogenannten „Proportionalwahlsystem“ zu danken ist. Denn die Stimmengahl der sozialistischen Wähler hat sich gar nicht außerordentlich vermehrt. Nicht man die großen gebietenden Verluste an Toten in Betracht, die der Krieg dem französischen Proletariat gekostet hat, so hat die sozialistische Partei mehr als eine Million Stimmen gewonnen gegenüber den Wahlen von 1914 zu wohnen. Doch obwohl die Stärke der Partei sich beträchtlich gewaltig vermehrt hat — während die Zahl der Stimmsfähigen im allgemeinen sich verminderte — verlieren die Sozialisten wenigstens ein Drittel ihrer Mandate.

Der „nationale Block“ hat in Paris und Umgebung eine Stimmengahl von 380 000, die Sozialisten eine solche von 265 000 erlangt. Nationaler Block und Sozialisten verhalten sich hier also etwa wie 3 : 2, die der entsprechenden Abgeordneten aber verhält sich wie 1 : 2, denn der nationale Block erhielt 36 Abgeordnete, Sozialisten aber nur 10. In Paris und Umgebung sind danach also drei sozialistische Wähler zu einem einzigen bürgerlichen. Im vierten Wahlbezirk von Paris fielen auf rund 150 000 bürgerliche Stimmen 14 Abgeordnete, auf 114 000 sozialistische nicht ein einziger. In den anderen Pariser Bezirken erlangten die Sozialisten wenigstens einige Mandate, allerdings auch hier nicht näher ihrer Stimmengahl entsprechend. So fielen im ersten Bezirk auf 85 000 Bürgerliche neun Abgeordnete, auf 60 000 Sozialisten nur ein Abgeordneter, im zweiten Bezirk auf 70 000 Bürgerliche Stimmen acht Abgeordnete, auf 50 000 sozialistische Stimmen gar nur ein Abgeordneter. In Elagh-Vorbringen erhielten die Sozialisten, trotz einer Stimmengahl von 100 000, nicht ein einziges Mandat. „Die Leute“, sagt Longuet, „die es gewagt haben, uns auf die Demokratie und auf das allgemeine Wahlrecht zu berufen, die uns unaufhörlich anklagten, an unserer Stelle, wir wissen nicht welche Diktatur einer Ministerkammer zu setzen — und die nun schließlich bei einer solchen Natur einer Befragung der Wähler scheiterten.“

Die Neueregung der Rheinschiffahrt wird von dem Reich für das Rheingebiet vorgenommen werden, zu dessen Durchführung nach Inkrafttreten des Friedensvertrages der französische Reich für öffentliche Arbeiten Blaiseille ernannt wird. Die Reichs-Ausschuss besteht aus je zwei Mitgliedern Holland, England, Italiens und der Schweiz und je vier Mitgliedern deutschen Rheinstaaten und Frankreichs. Er hat die Aufgabe innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages eine Aenderung des Mannheimer Rheinvertrages vorzubereiten und hat weiter dafür zu sorgen, daß die freie Schifffahrt auf dem Rhein für alle Länder gesichert bleibt. Hierzu muß er die Auslieferung der deutschen Schleppfähnen und der deutschen Handelsregistrierung in Rotterdam überweisen.

Die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, die beiden Vorständen des deutschen Bauarbeitersverbandes, Leo und Silberstein, die der deutschen Delegation beim Wiederaufbau angehören, sind auf Einladung des französischen Bauarbeitersverbandes nach Tours gefahren. Sie werden dort mit den französischen Gewerkschaftsführern des Bauwesens in Beratung treten, um ein Zusammenwirken der beiden Bauarbeitersverbände zu erzielen.

Krieg und Kohlennot.

Ende August 1918! Das deutsche Heer schickt sich an, seinen großen Rückzug anzutreten. Ich bin vorübergehend im Kompagnieüberwachungsstand einquartiert. Die Bataillonsschwadron bringt eine Meldung: „Die letzte Kompagnie stellt heute abend um zehn Uhr einen Unteroffizier und zwei Mann, möglichst Bergleute, zur Teilnahme an einer Patrouille gegen den Feind. Aufgabe: Der Schachteneingang zur Hesse 8, zwischen unserer und der feindlichen Stellung, ist mittels einiger geballter Ladungen Handgranaten zum Einsturz zu bringen. Meldung zur angegebenen Zeit am Bataillonsschwadron durch Herrn Leutnant“ Ganz ruhig frage ich die Kameraden, die sich mit mir im Unterstand befinden, was wohl der Zweck dieser Perilabsicht sei. Ich kenne den Schwach, er ist seit längerer Zeit erloschen und die Förderanlagen sind gründlich zerstört. Es besteht keine Möglichkeit, daß er den Engländern vielleicht noch als Schlupfwinkel diene. Winkt — Der Kompagnieführer hat unter Wehrschrei geortet. „Ist der Revolutionär! Ihnen paßt wohl die Patrouille nicht. Sie möchten am liebsten haben, daß die Franzosen, wenn der Krieg zu Ende ist, sofort wieder Kohlen graben könnten. Ne, mein Lieber, alles muß kaputt gemacht werden, wenn wir gut überleben müssen, es wäre ja noch schöner, wenn wir einen Stein auf dem anderen legen. Kul meine beschiedene Frage, wie sich das denn mit unsere vielgerühmten Kultur verträglich, hören wir dann noch die Antwort? Ach was, Kultur, dummes Zeug, es ist Krieg“ Ich schwieg.

12 Uhr nachts. Die zurückgekehrte Patrouille meldet, Schachteneingänge eingestürzt, achte Kompagnie hat einen Toten, wahrscheinlich in den Schwach gefügt.

November 1919: Kohlenmangel in Deutschland und Frankreich. Der Proletariat leidet und hungert weil die Bahn keine Kohlen hat, um Karosetten zu befördern. Wieder singt es mir in den Ohren: Ne, mein Lieber, alles muß kaputt gemacht werden. Ach was Kultur, es ist Krieg.

Die Sozialistischen Studentenpartei teilt uns mit. Der öffentliche Vortrag von A. A. Willsoffes und Rudolf Leonhard über: Die Aufgabe des Deutschen Studenten in der Gegenwart findet Mittwoch, 20. November, 7 Uhr, im Aud. 122 der Universität statt.

Legendenabend.

Im Orlow und Ferdinand Gregori — ein unheimliches Paar — verbanden sich zu einem Legendenabend mit ungeheurer Begeisterung und ungleichem Erfolg. Man hörte das schönste Stück Goethe und der Droke, eine innerlich bewegte Legende des unsterblichen W. Keller, eine wunderbare Legende — behaglich, breit und wuchtig — aus dem 18. Jahrhundert; welche Ordner setzen sich mit gueter, ironischer Uebersetzung durch, bei Keller wird der Himmel fast verflucht. Die beiden Stücken empfand man nicht nur Bewunderung, sondern Liebe. Aber wenn Dietrichschmidt trübselig ein bezauberndes Ethos mit himmlischen Wündern zu verklären sucht, überwiegt ein nicht als Unwille. Man wird von der Faszination dieses nicht erschütterten, aber erstickt über das Stück. Gregori hat wertvollere Worte, sein dramatischer Vortrag aller Schätze des Wesens dieser beiden Menschen nutzlos in verschiedenen Richtungen, der Stil stammt aus zwei feindlichen Feindern. Ihre Leistung an den Legenden ist antipolar; für den Mann sind sie Porträtstücke, für die Frau sind sie ein Erlebnis. Der Mann besitzt das sprachliche Material, die Frau wird so leicht verführbar. Die beiden Stücken haben in ihrer Form eine feine, lautendhafte Blut, einmal brach überirdisches, endlich-herausgehendes Schicksal aus den Frauen, harten Jagen und ergreifend die Welt.

Max Klingers Erstantung hat sich gebessert, so daß eine mittlere Lebensgefährtin nicht besteht.

Die Volkshaus hat den Vertrag mit Frau Johanna und auf ihren Wunsch, an der Tischlerei zugleich mit ihrem Mann tätig zu sein, gelehrt. — Der Sonntag, den 23. November, wird angelehrt Nachmittagsvorstellung des Verbandes der freien Arbeiter in den „Jugend“ im Deutschen Opernhaus. Charitativ stellt aus.

Strindbergs Traumspiel gelangt im Theater i. d. Provinz großer Strahe am Montag in der bekannten Richtung zum ersten Male zur Aufführung.

Im Deutschen Theater wird am nächsten Mittwoch Hauptmanns Glasbüttenmärdchen „Und Tippi sang“ von Elna Werganders-Abend veranstaltet. Rest Programm am 29. November im Reichsaal unter Mitwirkung von Theodor Vider. Am Älger Hans Thierfelder. Gedächtnisfeier des verstorbenen Werganders. 3. u. 4. November. Aufmerksamkeiten 282. Erst die Bilder und Zeichnungen der verstorbenen Werganders. Eintritt frei.

Ein Schandblatt der deutschen Geschichte.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ schildert ein Berichterstatter aus Königsberg den Zusammenbruch des deutsch-russischen Unternehmens im Baltikum. Die Schilderung stimmt mit den Angaben überein, die uns dieser Tage von Gewährungsmännern gemacht worden sind, die frisch aus Russland zurückkamen. Daß es sich um den Zusammenbruch der Expedition, die mit so hochtönenden Tönen angekündigt wurde, geradezu katastrophal gewendet. Die vor Riga operierenden deutsch-russischen Truppen hatten infolge der Beschädigung durch die englischen Geschütze furchtbare Verluste. Dazu gesellte sich der Mangel an Nahrung und Bekleidungsstücken. Die Truppen liefen tagelang stierend und hungrig umher, manche hatten bei der eisigen Kälte nicht einmal einen Pantel und mußten mit einem Duschgang zum Dreck ansetzen.

Sich Lebensmittel zu kaufen, war nur schwer möglich, weil kein Geld zur Verfügung stand und die von Anwaloff-Bermondien herausgegebenen Papierschneide — etwa 10 Millionen Mark — von der einheimischen Bevölkerung nicht in Zahlung genommen wurden. Der gesamte Handel ging an zu Boden. Unter diesen Umständen hatten es die Leuten leicht, ihren Vorrat an Nahrung zu veräußern. Er richtete ungeheure Verwirrungen unter den Truppen an. Ganze Verbände haben sich aufgelöst und ziehen hungernd und stierend nach Schaulen zu. Die Plünderungen haben eine nach nie dagewesene Höhe erreicht. Wehe den Törwen, die von den Truppen berührt werden! so ruft selbst der Berichterstatter der „Berliner Börsen-Zeitung“ aus.

Und wie steht es mit den Schuldigen? Die „Börsen-Zeitung“ schreibt darüber:

„Die Regierung kann nicht behaupten, die Vorwürfe treffen sie unvorbehalten. Das Schwergewicht der ganzen Verantwortung fällt auf die Hauptleute, denen der Osten anvertraut wurde. Die armen Teufel von Rindfleisch bekümmern sich nicht über die lieblose Behandlung, die ihnen zum Teil entgegengebracht wird. Man strast damit Schuldlose. Die Schuldigen sitzen höher! Und wenn demnach der Staatsgerichtshof zusammentritt, dann wird auch ein Major Bischoff und Kommandant der 1. Kompanie abgeben müssen über jene zahlreichen Opfer, die heute an den Sandstrafen Litauens an Hunger und Kälte elend zugrunde gehen.“

Das sind die Andeutungen eines unparteiischen Beobachters! Die Schuld, die die Verantwortlichen der Baltikpolitik auf sich geladen haben, ist riesengroß. Seit 10 Tagen rollen unangebrochen anzureisende über die deutsche Grenze, die die armen und irren Opfer der Heimat zuführen. In Königsberg liegen allein 600 Verwundete. Das ist die Bilanz des deutsch-russischen Abenteuers. Ein Schandblatt in der deutschen Geschichte! Was will die Regierung unternehmen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

Die Kohlenversorgung.

Ein Vertreter des Reichskohlen-Kommissars hat gestern der Presse über den Stand der Kohlenversorgung folgende Mitteilungen gemacht:

Die Förderung hat in allen Bergwerksbezirken sich wesentlich gehoben. Im Ruhrrevier beträgt sie täglich etwa 250 000 Tonnen gegenüber 200 000 im letzten Friedensjahre; in Oberschlesien werden etwa 100 000 Tonnen täglich gefördert. In den Westfälischen Revieren ist die Förderung auf 90 Prozent der Kriegszeit gestiegen, sie ist jetzt höher als im Frieden, da während des Krieges die Braunkohlenförderung stark vermehrt worden ist. Die Belegschaft beträgt im Ruhrrevier 440 000 Mann gegen 400 000 im Herbst 1918 und 300 000 im Jahre 1913; in Oberschlesien ist sie 150 000 Mann gegen 100 000 im Jahre 1918 und 100 000 im Jahre 1913 stark. Die Erzeugung beträgt jetzt etwa 80 Prozent der Erzeugung im vorigen Jahre. Um die Förderung im Ruhrrevier auf den Friedensstand zu bringen, sind die Einstellungen von 220 000 Bergarbeitern notwendig, für die aber erst Unterkünfte geschaffen werden müssen. Die Regierung plant ein großzügiges Siedlungswerk, dessen Kosten auf 4 bis 5 Milliarden veranschlagt sind.

Die Leistungen, pro Kopf und Arbeitstag berechnet, sind zwar geringfügig, man darf aber nicht vergessen, daß jetzt die Verhältnisse der Gruben anders zusammengesetzt sind, daß jetzt bedeutend weniger Däuer als früher, dagegen viel mehr Arbeiter für nicht eigentlich produktive Zwecke beschäftigt werden. Die Behauptung, daß die Halbenbestände künstlich zurückgehalten worden seien, trifft nicht zu. Im Ruhrrevier lägen auf den Gruben in der Regel nicht mehr als die Produktion zweier Arbeitstage, größer seien die Bestände in Oberschlesien, was den militärischen Transportverhältnissen geschuldet sei.

Bei der Versorgung mit Kohlen hätten zuerst die Eisenbahnen berücksichtigt werden müssen. Wenn auch deren Bestände noch nicht so hoch wie früher seien, so habe man doch erreicht, daß die Eisenbahnen aus der unmittelbaren Gefahrenzone herausgenommen seien. Der Verbrauch der Eisenbahnen habe sich außerordentlich gesteigert. Trotz des viel geringeren Verkehrs hätten die preussischen Bahnen 93 Proz. der Kohlenmengen des vorigen Jahres verbraucht, noch höher sei der Verbrauch in Sachsen gewesen, der der württembergischen Bahnen betrage gar 99 Proz. Welche ungünstige liegt die Versorgung der Schifffahrt mit Braunkohlen. Die Versorgung der Gaswerke ist so schlecht, wie nur irgend möglich. Sie mühten eigentlich 850 000 Tonnen im Monat erhalten, in den ersten neun Monaten dieses Jahres konnten ihnen aber durchschnittlich nur 610 000 Tonnen geliefert werden. Sie haben keine Bestände, sie leben nur von der Hand in den Mund. Eine ganze Anzahl von Gaswerken hat schon den Betrieb einstellen müssen. Etwas besser ist die Versorgung der elektrischen Werke, da ein Teil von ihnen an die Kohlenproduktionsstätten oder an Wasserkraftwerke direkt angeschlossen ist. Das Westfälische Kraftwerk in Hagen hat jetzt keinen Betrieb einstellen müssen, das in Düsseldorf wird von der gleichen Gefahr bedroht.

Der Gasverbrauch kann mit 50 Proz. der Sollleistung verglichen werden. Am schlechtesten sind die östlichen Provinzen, so wie wegen der ungünstigen Wasserhältnisse des Rheins der Süden davon. Wenn man die Versorgung auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, so ergibt sich, daß jeder Einwohner im Durchschnitt täglich nur ein Bricket erhalten kann.

In der Industrie können nur die allerwichtigsten Betriebe weitergebetrieben werden. Im Durchschnitt erhält sie nur 50 Prozent dessen, was sie nach den Produktionsmöglichkeiten an Kohle haben müßte. Die Ruderfabriken werden mit etwa 50 Prozent ihres Bedarfs beliefert, die Zementfabriken erhalten statt 850 000 Tonnen im Frieden jetzt nur 500 000—700 000 Tonnen im Monat, die Stahlwerke statt 275 000 nur 70 000 Tonnen monatlich. Von den 18 000 Zügeleien, die wie vor dem Kriege hatten, arbeiten jetzt nur 1200.

Die Einstellung der Gesamtlage wird jetzt sehr davon abhängen, wie die Eisenbahnen arbeiten. Die Förderung ist bisher nur in beschränktem Umfang gestiegen; es ist notwendig, daß sie weiter zunimmt, sonst ist nicht vorzuzugagen, wie wir durch diesen Winter kommen sollen.

Diese Mitteilungen beschäftigen aufs neue, was jeder Kenner der Verhältnisse schon seit Monaten sagen konnte. Es liegt nicht an den Bergarbeitern, die trotz des im Kriege betriebenen Aufbaues an den Bergwerken das menschenwürdige Leben, trotzdem durch die Verbrennung der Sozialisierung des Bergbaues die Arbeitslosigkeit gerade nicht angesetzt worden ist. Ueber die Tatsache,

daß die Binnenschifffahrt aus Profitsgründen in kürzlicher Weise vernachlässigt worden ist, ist der Vertreter des Reichskohlen-Kommissars stillschweigend hinweggegangen.

Die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Zu der Bescheidvorlage über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke, die bei der zweiten Lesung in der preussischen Landesversammlung von dem geschlossenen Block der Bürgerlichen abgelehnt wurde, haben jetzt die Rechtsjuristen einen Kompromissantrag eingebracht.

Darin wird die Staatsregierung beauftragt, die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke durch die Reichsgesetzgebung anzustreben und hinzuwirken, daß bei der Festsetzung der zu gewährenden Entschädigung ein Uebnahmepreis festgesetzt wird, welcher den Gemeinden einen wirtschaftlichen Betrieb des Wasserwerks zu einem für die Bevölkerung erträglichen Tarif ermöglicht. Zu diesem Zweck soll die Entschädigung nach dem Wert der Aktien festgesetzt werden, der zwischen dem niedrigsten und dem höchsten amtlichen Kurs, zu welchem die Aktien innerhalb eines bestimmten Zeitraums an der Berliner Börse notiert waren, zu ermitteln ist.

Mit der Uebnahme der Angelegenheit an die Reichsgesetzgebung dürfte der Vorlage wohl ein angenehmes Geab bereitet werden.

Wieder Steigerung der Zuderpreise.

Die Zuderindustriellen haben schon wieder eine Forderung auf Erhöhung der Zuderpreise an die Regierung gerichtet. Diesmal verlangen sie fast eine Verdoppelung der Preise für Rohzuder, nämlich die Heranziehung des Preises von 58 auf 100 Mark für den Zentner. Angeblich hat die Ungunst der Witterung, der zufolge große Mengen sich noch im Boden befinden, die nur mit großen Schwierigkeiten und hohem Lohnaufwand gewonnen werden können, die Befähigungskosten gewaltig gesteigert. Niemand aber wird daraus die Rechtfertigung zu einer Verdoppelung der Preise ableiten können, die um so weniger eingetretten braucht, als die Industriellen bisher außerordentlich große Gewinne erzielt haben.

Einstellung des Personenverkehrs in Ostpreußen.

Königsberg, 21. November.
Beginnend mit Sonntag, den 30. November, wird am Sonntag und Feiertagen der gesamte Personenverkehr innerhalb des Direktionsbezirks Königsberg wegen Kohlenmangels eingestellt. Es verkehren künftig an Sonn- und Feiertagen nur die durchgehenden D-Bügel 3 und 4 von Berlin über Königsberg nach Insterburg und zurück, sowie die D-Bügel 51 und 53 von Berlin über Allenstein, Eydauken und zurück.

Der Reichskohlenrat ist jetzt endlich zu einer ersten Sitzung zusammengetreten, in der aber bisher keine Beschlüsse von Wichtigkeit gefaßt worden sind.

Für Sowjetrußland. Der Bund der Gewerkschaften der Seine beschloß, am 7. Dezember in jeder Gewerkschaft Versammlungen zugunsten der russischen Sowjetrepublik zu organisieren.

Im Bahnverkehr des besetzten Gebietes Kröben auf Befehl der Militärbehörden die Einschränkungen auch nach dem 21. November vorläufig bestehen.

Eine Erfindung. Die aus Warschau stammende Meldung, wonach die litauische Regierung in Nowo unter das Protektorat Englands getreten sei, ist erfunden.

Gewerkschaftliches.

Die Dreher und der Schiedspruch.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in den Pharusälen beschäftigten sich am Donnerstag die Dreher nach einem Referat von Dr. Alphonse Goldschmidt über den Betriebsratsentwurf der Regierung mit dem Schiedspruch vom 21. August 1919. Genosse Grasse gab einen Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern bei der Klassengruppierung.

Die anschließende Diskussion war sehr reger. Wiederholt wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Schiedspruch den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer in keiner Weise Rechnung trägt. Nach wie vor bleiben die Metallarbeiter auf dem Standpunkt stehen, daß die Löhne der Arbeitnehmer, trotz der gegenseitigen Versicherungen der Arbeitgeber während des Streikes, stappweise abgebaut werden sollen. Nur die Tatsache, daß der Schiedspruch von den beiden Kontrahenten anerkannt worden ist, nötigt die Branche der Dreher, sich dem Schiedspruch vorläufig zu unterwerfen. Die Möglichkeit der verschiedenartigen Auslegungen des Schiedspruches wurde an Hand von vorgekommenen Fällen trefflich illustriert. Die unflare verwirrende Resolution der Vollversammlung wurde verworfen. Die Gewerkschaften seien zu revolutionären. Die Ablehnung des Generalstreiks durch die Gewerkschaftskommission wurde auf das Schärfste verurteilt. Wenn die anderen Gewerkschaften die Metallarbeiter in ihrem Kampf im Stiche lassen hätten, so würden diese nicht genau so handeln. Den Kampf jeder Arbeiterkategorie würden die Metallarbeiter zu dem ihrigen machen und würde von ihnen in jeder Beziehung unterstützt werden. Alle Kräfte seien anzuspannen, um Referend, überle und materielle, für die Kämpfe der nächsten Zukunft aufzuspeichern. Von der Abfassung einer Resolution wurde Abstand genommen. Es sollen keine papiernen Beschlüsse gefaßt werden. Mit zusammengepackten Köpfen solle in den Betrieben den Unternehmern entgegengetreten werden, um aus dem Schiedspruch herauszuholen was herauszuholen sei.

Die bürgerlichen Zeitungen samt „Vorwärts“ erzählten ihren Lesern immer und immer wieder, daß die Beschlüsse der Generalversammlung der Metallarbeiter keinen Nachlass abgeben können für die wahre Stimmung in den breiten Kreisen der Arbeiter. Diese Versammlung bestand nicht aus Funktionären, sondern aus Mitglidern, die aber an Kampfesmut den Funktionären auch in gar keiner Beziehung nachstehen. An diesen Arbeitermassen werden sich die Unternehmer noch manchen Zahn ausbeissen.

Parteiengenossen!

Abonniert die
FREIE WELT
Preis 25 Pfennig
Bisher erschienene Hefte können nachgeliefert werden!

Abbruch der Tarifverhandlungen mit den Hausangestellten. Die seit einiger Zeit schwebenden Tarifverhandlungen zwischen dem Groß-Berliner Hausfrauenvereinen und den organisierten Hausangestellten sind von den Arbeitgebern abgebrochen worden. Die Hausfrauen sehen sich außerstande, die aufgestellten Forderungen der Hausangestellten zu bewilligen.

Deutsche Telefonwerke Rieberschöneweide. Auszahlung der Streikunterstützung Sonntag vormittag von 11—1 Uhr bei Dellmann, Köpfer, Ecke Sonnen Straße. Nachzügler werden nicht berücksichtigt.

Groß-Berlin.

Ein Krankenhaus ohne Betten.

Zu diesem in Nr. 608 der „Freiheit“ gebrachten Artikel schied; und die Oberärztin der Universitätsklinik im Einverständnis mit der Direktion eine Erweiterung, die im wesentlichen unsere Angaben bestätigt. Es wird zugegeben, daß es wenig Betten vorhanden sind und daß schwangere Frauen auf Stühlen schlafen müssen. Wörtlich wird gesagt:

„Leider sind wir in der Unvergleichlichkeit bei dem wachsenden Zustrom der ihre Niederkunft erwartenden Frauen nicht in der glücklichen Lage, den Frauen in unserer Klinik mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das bieten zu können, was sie in ihrem bedürftigen Zustande von rein menschlichem Standpunkt angesehen, an Bequemlichkeit haben sollten. Das bedauern wir selber nicht zum wenigsten, und wir bedauern oft die Frauen, die tages, zu wochenlang mit der primitivsten Schlafgelegenheit füttert nehmen, ja, die bieten, daß man sie nur hier läßt, um in der Klinik erfinden zu dürfen.“

Die Universitäts-Frauenklinik verfügt etwa 40 über 40 Wöchnerinnen betten, inkl. 3 Betten für Schwangere, wo pathologische Verhältnisse vorliegen, die eine frühere Aufnahme als erst mit Beginn der Geburt, wie es sonst üblich, erfordern.

Bis zum Jahre 1910 war durchschnittlich eine Geburtenzahl von 100 pro Monat zu verzeichnen; im Laufe der Jahre stieg die Geburtenzahl auf 150, im September und Oktober dieses Jahres sogar auf 200 im Monat. Dementsprechend sind dauernd Betten eingeschoben, unlängst erst 15 Feldbetten, so daß der etwa 10 mäßigen Bettenzahl von 40 jetzt bereits 73 Wöchnerinnenbetten gegenüberstehen. Aber wie alles seinen Höhepunkt erreicht, so ist es auch in diesem Fall, es ist kein Raum mehr da, wo man noch Betten hinstellen könnte. Jeder Frau, die nach nicht in der Geburt steht, wird bei der Aufnahme gesagt, ob ein Bett zur Verfügung steht oder nicht; es wird ihr freigestellt, die Klinik sofort wieder zu verlassen und anderwärts Aufnahme zu suchen, wo vielleicht bessere Verhältnisse bestehen, oder mit dem für sie zu nehmen, was wir ihr bieten können. Und fast immer entscheiden sich die Frauen für letztere.

Es kommt sogar vor, daß die Schwangere selbst die fernere Schicksalsstelle wieder für eine Gebärende oder auf der Straße Entbundene abgeben muß und daß sie dann leider nichts weiter übrig bleibt, als den Rest der Nacht auf einem Stuhl spend zu verbringen. Die Gebärenden tragen nicht erst telefonisch an, ob Betten frei sind oder nicht, sie lassen sich einfach bringen und verlangen, aufgenommen zu werden.

Während andere Häuser glattweg abweisen, schaffen wir Platz, so gut wir können, und daß die Mehrzahl der Frauen sich hier wohlfühlt, dafür spricht nicht nur die wachsende Geburtenzahl, sondern auch dieses, daß die Frauen bereits zum vierten und fünften und öfteren Male unsere Klinik zwecks Entbindung aufsuchen.

Daß bei den 3 eingeschobenen Ueberbetten, die sechs Frauen noch nicht mitgezählt, die oft auch noch belegt sind, auch Wangel an Wolldecken herrscht, ist wohl begreiflich; wir haben bereits 30 Fenstermäntel als Zuschüsse genommen, bis Ersatz beschafft werden kann.“

Bestritten wird in der Zukunft, daß ein Unterschied gemacht wird zwischen Frauen in der 1. und 2. Klasse, ein solcher besteht nur in der Verpflegung, sonst aber wird nur danach gesehen, wer am hilfsbedürftigsten ist.

Aus dem Schreiben geht also nur hervor, daß der Direktion oder dem Personal kein Vorwurf gemacht werden kann, was uninteressant auch nicht geizig ist. Für diesen unwürdigen Zustand ist das zuständige Ministerium verantwortlich, das dafür zu sorgen hat, daß die Frauenklinik den herrschenden Bedürfnissen entsprechend hergerichtet wird. Die größte Schwermüdigkeit, der Raum-mangel, muß bei gutem Willen auch behoben werden können. Betten und Wolldecken aber sind genug vorhanden, man sammere sich nur einmal um die Bestände der aufgeschobenen Matratze.

Wir können nicht annehmen, daß auch in diesem Falle Spar-samkeitsgründe maßgebend sind. Deshalb hoffen wir, daß unsere Kritik den Erfolg hat, daß in kürzester Frist genügend Betten und Bettzeug für die werdenden Mütter, die dort Hilfe suchen, auch in der Universitätsfrauenklinik zur Verfügung gestellt werden.

Die Kraft der Deutschnationalen recht jetzt so weit, daß sie es wagen, ihre antisemitische Propaganda selbst in Arbeiterkreisen zu entfalten. So hatten sie gestern Abend in Charlottenburg eine Versammlung nach der Schule in der Haldenstraße einberufen. Als Thema sollten die unhaltbaren Zustände in unserem Stadtparlament behandelt werden. In Wirklichkeit aber war der Inhalt beider Referate eine wüste Schmäh- und Lügenrede gegen unsere jüdischen Mitbürger. Es war ein gutes Zeichen der Disziplin unserer Arbeiterkassen, daß sie dieser Art Demagogie und Unsachlichkeit bis zu Ende zusahen. In der Aussprache wurde dann den Herrschaften durch die Genossen Bier, Schubert, Löwenthal und Remis die Waage von ihrem reaktionären und widerlichen ostentativen Gesicht verfallen. Als die Referenten und Hauptwortführer sahen, daß ihre Sache verloren war, belamen sie es mit der Angst und erriffen das Parlament. Die Versammlung aber tagte ruhig weiter und schloß unter dem Zeichen der Deutschnationalen folgenden Resolution: „Die am 29. November von der Deutschnationalen Partei einberufene Versammlung erklärt sich gegen die Aufhebung der Ammandatwahl. Sie fordert strenge Erfassung aller notwendigen Lebensmittel und gleichmäßige Verteilung unter der Kontrolle der revolutionären Institutionen der Arbeiterräte. Sie verwirft die freche nationalistische und antisemitische Rede der Nationalen, durch deren Schuld die jetzigen Notzustände geschaffen wurden, und die nun durch ein sündenheimes Täuschungsmanöver die Schuld auf andere abzuwälzen wollen. Die Versammlung gelobt vielmehr, daß sie durch den Schriftführer Kampff auf internationaler Grundlage den Sozialismus herbeiführen will, der allein geeignet ist, uns aus dem Sumpf der gegenwärtigen Zustände zu retten.“ — Mit einem Hoch auf die Internationale und den Sozialismus schloß diese „börsliche“ Veranstaltung.

Zu den Versammlungen, die morgen früh angekündigt sind, sei berichtet: 5 mitgeteilt, daß die beiden Lokale Schulaula Wittenwolder Straße und Barnow nicht in Frage kommen. Sie scheiden demnach aus. Die Versammlung in Oberschöne-weide findet nicht um 10 Uhr, sondern um 11 Uhr statt, dagegen beginnt die Versammlung in Rieberschöneweide bereits um 10 Uhr.

Frauenversammlung. In Lichterberg fand am Donnerstag, den 20. November eine Frauenversammlung der F. F. D. statt, die am beinahe 70 Genossinnen Peter Schindler zugangs der Versammlung das Wort der Genossen P. etc. Daraus kam die Vor-sitzende auch zu sprechen auf die Teilnahme in der Mitglieder-versammlung am 18. in die die Kasse-ruppen hineinzuhalten lassen

